

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ZWANZIGSTES JAHR

AUGUST 1969

8

MARTIN GREIFFENHAGEN

Kritik und Verantwortung

Gedanken zur Hochschulreform

Der Begriff der Demokratisierung umfaßt in seinem heutigen politischen Wortgebrauch die Fülle aller politischen Emanzipationsbestrebungen, wie sie seit Beginn der politischen Aufklärung, zunächst (als Emanzipation des dritten und vierten Standes, der Frau, der Juden, der Farbigen) in einzelnen Bahnen, heute aber einander bedingend und in einem Bündel sich vereinigend hervorgetreten sind. Man fordert durchgängig und überall: den Abbau akkumulierter Autorität zugunsten einer funktionalen, ferner die Zerstörung aller nicht notwendigen Herrschaftsstrukturen, vor allem aber Öffentlichkeit von Verhandlungen, welche die politische Gestalt der Gesellschaft und Herrschaftsverhältnisse zum Gegenstand haben.

Nimmt man den Begriff der Demokratisierung in diesem Sinne, dann kann nicht strittig sein, daß er bei der gegenwärtigen Universitätsreform seine Rolle zu Recht spielt. Natürlich ist *Manfred Hättich* zuzustimmen, wenn er (in der *Stuttgarter Zeitung* vom 10. 4. 1969) schreibt: „Lernen als Erwerbung von Kenntnissen und Fertigkeiten in einem Fachgebiet dürfte nun einmal nicht anders möglich sein, als daß man sich Fachautoritäten anvertraut.“ Das Moment des Vertrauens ist aus der Beziehung zwischen Lehrenden und Lernenden niemals zu tilgen. Gleichzeitig aber bilden beide eine Gruppe, die in einer Weise kooperiert, welche sich von der soziologischen Struktur der Armee oder der Feuerwehr, auch des Orchesters grundlegend unterscheidet. Hättich hat deshalb unrecht, wenn er solche Institutionen in Parallele zum Lernprozeß setzt und schreibt: „Niemand, der an der Funktionsfähigkeit der Feuerwehr interessiert ist, würde vorschlagen, daß bei einem Brand die Einsatzorganisation erst von der ganzen Gruppe diskutiert wird und der Einsatzleiter nur auf Mehrheitsbeschlüsse gestützte Anweisungen geben darf.“ Die Feuerwehr muß nach der Soziologie von Befehl und Gehorsam funktionieren; Effektivität heißt für diese Gruppe Schnelligkeit und Schlagkraft. Das aber ist nicht das Arbeitsprinzip der Universität. Sie will nicht eine vom Feind besetzte Höhe zu einem bestimmten Zeitpunkt unter Anwendung vorgegebener und limitierter Mittel erobern, sie will auch nicht wie der Dirigent mit seinem Orchester eine künstlerische Gesamtkonzeption hervorbringen, für welche die Folgsamkeit des dritten Cellisten ebenso wie des ersten Geigers Voraussetzung ist, sondern sie bedarf der freien Kooperation aller am Forschungs- und Lehrprozeß beteiligten Personen, um ihr „Produkt“ zu erstellen. Der Dialog, das Hin und Her von Argument und Gegenargument, ist vom Beginn abendländischer

Wissenschaft an als entscheidendes Forschungsprinzip anerkannt und bis heute geachtet worden. Anstelle buddhistischer Meditation gilt die disziplinierte Disputation und, besonders auf naturwissenschaftlichem Felde, die rationale Zusammenarbeit, wie sie das Experiment erfordert. Der Begriff des Kommilitonen weist auf diesen Zusammenhang deutlich hin.

Wenn immer das Prinzip der Wissenschaft rücksichtslose Offenheit und der Anspruch ist, über jeden Schritt, jedes Urteil, auch jede Hypothese rationale Auskunft zu geben, erscheint das demokratische Prinzip der Öffentlichkeit als Konsequenz wissenschaftlichen Tuns. Die Forderung, in allen Gremien der Universität Vertreter aller Gruppen zu haben, damit die kritische Funktion der Öffentlichkeit wirken kann, ist berechtigt. Auch Prüfungen sollten öffentlich sein (die mit Sicherheit eintretende Konsequenz der Verschärfung von Prüfungen muß dabei in Kauf genommen werden). Die vielbesprochene Vertrauenskrise ist mit gegenseitigen Appellen nicht zu beheben, sondern es bedarf der institutionellen Sicherung des zugleich wissenschaftlichen wie demokratischen Prinzips der Öffentlichkeit.

Demokratisierung aber bedeutet auch Mitbestimmung aller am demokratischen Prozeß beteiligten Gruppen. Läßt sich dieses Prinzip auf die Universität übertragen? Sicher nicht in Gestalt einer strikten Parallele. Und doch gibt es Aspekte, die eine Mitverantwortung für das an der Universität Geschehende hier unabweislich und dort ratlos erscheinen lassen.

Didaktische Überlegungen und Entscheidungen dürfen nicht allein Sache der Lehrenden sein. Studenten können sehr wohl sagen, welche Stoffvermittlungsmethode für welche Disziplin ihnen angemessen scheint. Jedenfalls muß es hierüber Diskussionen geben, und der Dozent muß sich der Kritik des Studenten aussetzen. Überdies gibt es inzwischen eine Wissenschaft von der Didaktik, zusammen mit entsprechenden experimentellen Methoden und Ergebnissen.

Kreativitätsforschungen in den USA haben gezeigt, daß sehr junge Wissenschaftler, d. h. bei uns Assistenten und Doktoranden, einen großen Teil der wissenschaftlichen Forschungsarbeit leisten. In manchen Fächern sinkt die wissenschaftliche Kreativität mit der Mitte der dreißiger Jahre rapide ab. Wenn bei uns gegenwärtig ein Wissenschaftler selten unter 35 Jahren einen Lehrstuhl bekommt, so dürfen die Ordinarien über die an einem Institut betriebenen Forschungsrichtungen und Forschungsmittel nicht allein verfügen. Wenn das beste Buch eines Gelehrten nicht selten dasjenige ist, das er vor der Übernahme eines Ordinariates schrieb, muß jedem Einsichtigen klar sein, daß psychologische Zwänge und ökonomische Einengungen, Schikanen und überflüssige Regularien vom Übel sind. Der Ordinarius steht heute in einem kaum zu bewältigenden Rollenkonflikt. Berufen wird er aufgrund einer wissenschaftlichen Leistung, die ihn in seinem Fachkreise bekanntgemacht hat. Die durch die Berufung gegebene Prämierung dieser Leistung aber führt paradoxerweise häufig zur Beendigung oder doch Reduzierung eben der Forschungen, durch die er bekannt wurde. Der Anteil der Stunden, die er der Forschung widmen kann, wird immer kleiner. Ob der neue Ordinarius aber ein guter Verwaltungsmann oder auch ein guter Lehrer ist, dafür fehlte bei seiner Berufung zwar nicht jeder Anhaltspunkt, aber doch meist genauere Kenntnis. In England gibt es für Professoren die Möglichkeit einer Entscheidung zwischen Forschung und Lehre (jedenfalls auf Zeit und im Wechsel). Diese Unterscheidung zwischen Forschungs- und Lehrprofessur müßte bei uns stärker diskutiert werden. Weiterhin wären die mancherlei Aktivitäten, vor allem die Gutachtertätigkeit der Ordinarien einer Prüfung zu unterziehen. Die Gutachtergremien setzen sich meist aus Professoren vorgeschritteneren Alters zusammen. Junge, noch nicht „ernannte“ Wissenschaftler sieht man selten. Das ist, besonders im Blick auf die Ergebnisse der Kreativitätsforschung, ein absurder Zustand.

Mitbestimmung ergibt sich auch als Konsequenz der wissenschaftlichen Teamarbeit. Ich bin nicht überzeugt, daß diesem ergologischen Prinzip überall der hohe Rang zukommt, den man ihm gegenwärtig einräumt. Bücher von Autorentams sind nicht immer die besten, sondern verraten häufig nur die geistige Kurzatmigkeit ihrer Verfasser. Dennoch führt die wachsende Spezialisierung mit Notwendigkeit zu einem Abbau der alleswissenden Autorität des Institutsleiters. Der sogenannte Mittelbau muß deshalb an Entscheidungen über Forschung wie Lehre beteiligt werden.

Was die Mitbestimmung der Studenten angeht, so hört man häufig das Argument, sie üben dieses Recht nicht so sehr als Universitätsangehörige, sondern vielmehr als Staatsbürger aus, die über die Verwendung öffentlicher Mittel in Forschung und Lehre wachen. Wenn dieses Argument gilt, ist nicht einzusehen, warum nicht Erfahrenere diese politische Funktion an den Universitäten ausüben. Man könnte sich ein Gremium nach der Art des Rundfunkrates vorstellen: gesellschaftliche Kräftegruppen, wirtschaftliche Machtpositionen und ideologische Richtungen würden über den Einsatz von Forschungsmitteln beschließen, nicht aber Studenten, die nicht nur keinen gesellschaftlichen Gruppen angehören, sondern sich auch in politischen und ökonomischen Dingen noch nicht genügend auskennen, um über den Einsatz von Mitteln für diesen oder jenen Forschungszweig zu entscheiden.

Das Argument besonderer gesellschaftlicher Verantwortung überzeugt mich jedoch nicht. Was mir einleuchtet, ist wiederum ein den Wissenschaftsprozess selber betreffendes Kriterium: die Studenten sind zwar sehr junge, aber doch angehende Vertreter der Disziplin, die sie studieren. Sie sollten deshalb in angemessener Weise (und die ist je nach den in Rede stehenden Problemen notwendig verschieden) an den Beratungen und Entscheidungen beteiligt werden. Wie töricht im Grunde ein gruppenhafter Proporz ist, wenn er nach dem Vorbild der Politik von Interessengruppen institutionalisiert wird, zeigt jede eingehende Beschäftigung mit den heterogenen Problemen und Aufgaben. Die Gruppenuniversität, die sich jetzt etabliert, ist das politische Ergebnis einer versäumten oder verfehlten Wissenschaftspolitik in unserem Lande. Dennoch muß es wohl zunächst bei dieser Versuchsanordnung bleiben: im Sinne eines Experimentes, das, um beurteilt werden zu können, mindestens einige Jahre sich in seinen Wirkungen zu zeigen die Chance haben muß. Jedenfalls ist mit falschen Parallelen, wie sie als Argumente gegen die Hochschulreform herumgeistern, nichts gewonnen. Als schlimmes Exempel sei eine Stelle aus der Schrift von *Ernst Nolte* „Sinn und Widersinn der Demokratisierung in der Universität“ (Sammlung Rombach 1968) wörtlich zitiert:

„Der Staat denkt nicht daran, zu den Regierungssitzungen drittelparitätisch die Minister, Vertreter der mittleren und Vertreter der unteren Beamten heranzuziehen oder die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts durch einen paritätisch aus Bundesrichtern, Vertretern der Assessoren und Vertretern der Referendare besetzten Senat fällen zu lassen: wenn er allein seine Professoren einem Sonderregime unterwirft und sie zu den Sparringspartnern der künftigen politischen Prominenz macht, wird er unweigerlich die innere Emigration der überwiegenden Mehrzahl der Ordinarien aus der Universität und aus dem Staate hervorrufen.“

Es ist mir unverständlich, wie ein Professor, der diese Sätze schreibt oder unterschreibt, das Wort Kommilitone in den Mund nehmen kann.

Eine Gefahr, die sich durch die neue Mitverantwortung der Studenten stellt, sei hier nicht übergangen. Der Student hat naturgemäß ein Interesse daran, umgängliche und „entgegenkommende“ Lehrer zu haben. Psychologische Untersuchungen von Hochschullehrern haben aber gezeigt, daß dieser Typ des freundlichen, mit reicher Sozialität ausgestatteten Zeitgenossen in der Wissenschaft gerade nicht der vorherrschende ist. Das Aggressionspotential liegt bei Wissenschaftlern prozentual höher als in anderen Berufen. Innovationsuntersuchungen in Großforschungsbereichen der USA haben gezeigt, daß es

nicht immer das Team ist, das neue Ideen produziert. Häufig ist es gerade der Sonderling, der schwer zu Integrierende, von dem wichtige Impulse in neuen Forschungsrichtungen ausgehen. Dieser Tatbestand kann zu einer gewissen Diskrepanz in der Beurteilung des wissenschaftlichen Nachwuchses bei Dozenten und Studenten führen. Hier geht es weniger um neuzuberufende Ordinarien als um die Einstellung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Assistenten müssen mit den Studenten auskommen, das wünschen auch ihre Chefs. Assistenten, die Schwierigkeiten mit Studenten haben, weil sie selbst „schwierig im Umgang“ sind, werden bei der gegenwärtigen Versuchsanordnung leicht von der Universität verdrängt werden. Hier hilft nur eine deutliche beamtenrechtliche Sicherung des wissenschaftlichen Assistenten und die Annäherung an das amerikanische Institut des Assistenzprofessors.

Ein wichtiger Punkt der Kritik der gegenwärtigen Protestbewegungen bezieht sich auf die ungenügende Reflexion der Gegenstände der Forschung und der Lehrinhalte. Nun kann (das hat *Max Weber* schon gesagt) kein Wissenschaftler mit den Mitteln seiner Wissenschaft den Sinn seines Tuns beweisen: jede Wissenschaft beginnt unter der Voraussetzung, ihr Tun sei sinnvoll und ihre Ergebnisse wertvoll. Die Einsicht in den axiomatischen Charakter dieser Annahme muß aber nicht gleichbedeutend sein mit der Behauptung, über die zur Entstehung eines wissenschaftlichen Interesses wirkenden Antriebe sei schlechterdings nichts auszumachen, oder aber: wissenschaftliche Forschung sei schlechtweg „frei“. Die gesellschaftliche Abhängigkeit jeder Wissenschaft ist längst bekannt. Man weiß, daß wissenschaftliche Ergebnisse kaum noch in Studierstuben, sondern unter Einsatz großer ökonomischer Mittel gewonnen werden. Inzwischen gibt es auch erste Untersuchungen über die Verflechtungen von staatlicher Wissenschaftsförderung, Forschungen, welche durch die Verteidigungsministerien finanziert werden, privater Auftragsforschung und den wissenschaftlichen Instituten. Art. 5 Abs. 3 GG („Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“) entspricht also kaum der Realität. Wenn dieser Satz trotzdem normativen Sinn behält, so deshalb, weil Kunst und Wissenschaft als solche angewiesen sind auf die Freiheit schöpferischer Gestaltung und die Freiheit „rücksichtsloser“ Forschung. Dennoch scheint es angesichts der Verwissenschaftlichung aller unserer Lebensbereiche sinnvoll, nach den Antriebskräften und, soweit möglich, auch nach so etwas wie der gesellschaftlichen Relevanz von wissenschaftlicher Tätigkeit zu fragen.

Dieser Frage haben sich heute die Sozialwissenschaften besonders angenommen. Sie ernten dafür wenig Dank, und gewiß ist es für einen Mediziner, einen Ingenieurwissenschaftler oder einen Fachmann des deutschen Minnesangs nicht angenehm, von der Wissenssoziologie, der Sozialpsychologie oder der politischen Soziologie über vermutliche Triebfedern ihres wissenschaftlichen Tuns und zugleich über den problematischen gesellschaftlichen Wert ihrer Ergebnisse belehrt zu werden. Die Soziologie ist heute in den Verdacht geraten, sie wolle als eine Art Überwissenschaft den Richter spielen über alles, was in anderen Disziplinen erforscht wird.

Nun kann kein Zweifel daran sein, daß die Sozialwissenschaft heute (nach Theologie und Philosophie in früheren Zeiten) das Medium der Selbstinterpretation unserer Gesellschaft abgibt: wir fragen heute alle nach der gesellschaftlichen Relevanz, nicht wie früher nach der Gottwohlgefälligkeit eines Tuns, oder, wie *Humboldt* und *Hegel*, nach dem Bildungswert alter Sprachen. Darin kann eine Einseitigkeit liegen, und wer wollte die Humboldtsche Bildungsidee völlig als überholt abtun. Dennoch scheint ein so luxuriöses Verständnis wissenschaftlicher Tätigkeit, wie es im 19. Jahrhundert das Bildungsbürgertum beherrschte, angesichts der weltpolitischen Lage und der Probleme, denen unsere Staatsgesellschaft sich gegenüber sieht, nicht mehr erlaubt. Die Emanzipationsbewegungen in aller Welt haben unseren Sinn dafür geschärft, daß Wissenschaft und Ge-

Seilschaft in stärkerer Abhängigkeit von einander stehen als man bisher wahrhaben wollte. Diese Abhängigkeit aber ist nicht einfach „politischer“ Natur, sondern kann und muß zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung gemacht werden. Interessenverflechtungen, Ideologien, Abhängigkeiten von geschichtlichen Trends, das sind Gegenstände der Sozialwissenschaften.

Es nimmt deshalb nicht wunder, daß gerade aus diesem Bereich der Universität die stärkste Kritik an gegenwärtigen Mißständen formuliert und lebhaft vorgetragen wird. Daß es Studenten der Psychologie, der Soziologie und der Politik sind, welche diese Kritik in ein politisches Protestprogramm umgießen, liegt nicht darin begründet, daß diese Studenten weniger zu tun hätten als Mediziner oder Ingenieure (in der Regel sind die Revolutionäre ja gerade die Begabtesten und Fleißigsten unter diesen Studenten), sondern darin, daß sie von Berufs wegen mit Spannungsfeldern der Gesellschaft befaßt sind. Diese „Berufskrankheit“; die keine Berufsblindheit, sondern eine durch die sozialwissenschaftliche Ausbildung hervorgerufene besondere Scharfsichtigkeit ist, zwingt die anderen Disziplinen, die außerwissenschaftlichen Triebfedern und Wirkungen ihres Tuns zu reflektieren. Das ist nicht immer ein angenehmer Prozeß. Wir erleben eine Fülle von wahrhaft irrationalen Reaktionen, die dem Sozialwissenschaftler wiederum verständlich sind. Die Schwierigkeit in diesem großen Selbstaufklärungsprozeß, an dessen Beginn unsere Gesellschaft jetzt steht, liegt darin, daß wissenschaftliche Reflexionen und politische Aktionen nicht ohne weiteres aufeinander zu beziehen sind. Wer wollte auch die Instanz sein, welche diese schwierige Koordination leisten könnte? Dennoch müssen wir gerade im Bereich der Universität auf solche Koordinierung bedacht sein. Wie im Bereich des Strafrechts und des Strafvollzugs „Aufklärung“ d. h. Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung, gegenwärtig zu politischen Veränderungen führen, so müssen auch im Bereich wissenschaftlicher Forschung und Lehre institutionelle Veränderungen das Ergebnis von wissenschaftlicher Einsicht sein, nicht aber das Produkt eines politischen Machtkampfes, der als solcher an der Universität keinen Ort haben kann.

Die Kritiker der „Demokratisierung“ setzen an diesem Punkt zu Recht an: natürlich kann der politische Prozeß, die politische Gleichheitsvorstellung und die politische Axiomatik von Macht und Interesse keine Maximen abgeben für die Gestaltung des Wissenschaftsbetriebes. Aber wer Demokratisierung als einen großen politischen Emanzipations- und Aufklärungsprozeß versteht, wird sich aus wissenschaftlichen Gründen kaum gegen einen Abbau falscher Hierarchien, gegen turnusmäßigen Wechsel in der Geschäftsführung aller am Institut beteiligten Dozenten, gegen studentische Arbeitsgruppen mit Anerkennung ihrer Leistungen durch sogenannte „Scheine“, gegen die Mitsprache der Studenten bei Berufungen wenden können. Auch die Abschaffung aller akademischen Titel scheint mir in der Konsequenz solcher Emanzipation zu liegen, und ich habe nicht den Eindruck, daß meine Position gelitten hat, seitdem man mich ohne Titel anredet.

Das wichtigste praktische Erfordernis in der gegenwärtigen Lage scheint mir die Aufgliederung des Massenbetriebs in kleine Lehrgruppen zu sein. Das englische Tutorensystem bietet den Studenten ein großes Maß an psychischer Entlastung und wissenschaftlicher Beratung. Auch sollten die Prüfungen über das ganze Studium in der Weise verteilt werden, daß bestimmte Komplexe jeweils „abgeprüft“ werden. Der Prüfungstoff muß noch stärker als bisher üblich, rechtzeitig bekanntgegeben werden. Der Tutor sollte sich auch für die berufliche Eingliederung der Absolventen verantwortlich wissen. Ich versuche an meinem Institut, denjenigen Studenten, welche sich eine freiberufliche Tätigkeit vorstellen, schon während des Studiums durch Praktika und Volontärstellen die Möglichkeit der Orientierung zu geben. Die wachsende Zahl der Studenten macht es mir und meinen zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern aber bald unmöglich, diese Tutoraufgabe gründlich zu erfüllen.

MARTIN GREIFFENHAGEN

Wissenschaft ist eine kritische Tätigkeit. Da sie heute die wichtigste Voraussetzung für die Gestaltung unseres Lebens ist, muß sie gleichzeitig gesellschaftlich verantwortet werden. Wissenschaftliche Kritik und politische Verantwortung müssen sich in der Person dessen verbinden, der als ein im guten Sinne Skeptischer auf der Suche ist nach dem, was im wissenschaftlichen und im politischen Wortverstand richtig ist. Skepsis galt den Alten als die hohe Tugend des Wissenschaftlers, zugleich aber des Politikers: zwingt sie den Wissenschaftler zur ständigen Überprüfung seiner Erkenntnisse, so richtet sie den Blick des Politikers auf die Verhältnismäßigkeit von Mittel und Ziel.